

Presseinformation



Angehörige der Opfer von Hanau wählen Deutschlands Staatsoberhaupt in der Bundesversammlung

- Nach rassistischem Anschlag in Hessen sind zwei Angehörige als Wahlfrauen bei der Bundesversammlung in Berlin
- Initiative „Offen für Vielfalt“ sieht Nominierung als ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- Angehörige zeigen Zivilcourage und leisten Beitrag für unsere demokratische Gemeinschaft

Hanau / Wiesbaden / Berlin. Wenn am Sonntag (13. Februar) in Berlin mehr als 1400 Wahlmänner und Wahlfrauen zur Wahl des Bundespräsidenten zusammenkommen, werden mit **Serpil Temiz Unvar** und **Ajla Kurtović** auch zwei Angehörige der Opfer des rassistischen Terroranschlags von Hanau ihre Stimmen zur Wahl des Staatsoberhauptes abgeben. Nur wenige Tage später, am 19. Februar, jährt sich in Hanau der kaltblütige Mord an neun jungen Menschen zum zweiten Mal. „In der hasserfüllten und rassistischen Vorstellungswelt des Mörders gehörten diese Menschen nicht zu Deutschland. Dass nun die Mutter von Ferhat Unvar und die Schwester von Hamza Kurtović mit darüber entscheiden, wer das nächste Staatsoberhaupt wird, ist ein wichtiges Zeichen, dass Rassismus und Rechtsextremismus in unserem Land keinen Platz haben,“ sagt Michael Sasse von der Initiative „Offen für Vielfalt - Geschlossen gegen Ausgrenzung“ aus Hessen: „So wie das Staatsoberhaupt als unabhängige Persönlichkeit die Einheit unseres Landes repräsentiert, unterstreicht die Teilnahme der beiden Angehörigen aus Hanau an der Bundesversammlung, dass wir alle Kräfte brauchen, um unsere demokratische Gesellschaft weiterzuentwickeln.“



Kontakt für Medien:

**Offen für Vielfalt –
Geschlossen gegen
Ausgrenzung**

Michael Sasse
Mobil: 0171 339 7217
kontakt@offenfuervielfalt.de

Neben den beiden Angehörigen aus Hanau nehmen noch weitere Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus an der Bundesversammlung teil: Ebenfalls aus Hessen wird die Frankfurter Rechtsanwältin **Seda Basay-Yildiz** entsandt. Basay-Yildiz vertrat die Familie von Enver Şimşek, eines Opfers der NSU-Morde. Sie wurde selbst Opfer rechtsextremistischer Bedrohungen. Über Jahre erhielt sie Drohbriefe vom sogenannten „NSU 2.0“. Der Verfasser dieser Briefe ließ ihre persönlichen Daten und die ihrer Angehörigen von einem Polizeicomputer in Frankfurt abrufen und veröffentlichte diese im Darknet mit der Aufforderung, sie zu töten – und zwar am 19. Februar, dem Jahrestag des rassistischen Anschlags von Hanau. Mit **Semiya Şimşek-Demirtas** aus Nürnberg ist auch eine Angehörige des vom NSU ermordeten Blumengroßhändlers Enver Şimşek als Wahlfrau dabei. Mit **Ruth Gröne** wird eine Überlebende des Holocaust ihre Stimme in der Bundesversammlung abgeben.

Deutschland ist in seiner Vielfalt geeint

Die Bundesversammlung, die alle fünf Jahre zur Wahl des Staatsoberhauptes einberufen wird, gehört zu den fünf obersten Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist die größte parlamentarische Versammlung und steht stellvertretend für die Vielfalt unserer Gesellschaft in unserem Land. Mit der Wahl des Staatsoberhauptes übernimmt die Bundesversammlung eine wichtige Funktion unserer Demokratie. Denn das Staatsoberhaupt nimmt nicht nur repräsentative Aufgaben wahr, sondern gilt als Streiter für die Demokratie mit großer symbolischer Wirkmacht.

In diesem Jahr setzt sich die Bundesversammlung aus den 736 Mitgliedern des Bundestags und ebenso vielen Wahlpersonen aus den Bundesländern zusammen. Neben Politikerinnen und Politikern aus den Landtagen nehmen prominenten Personen aus Kultur, Sport, Wissenschaft und des öffentlichen Lebens teil. Darunter sind auch weitere Mitbürger*innen, die sich gegen Ausgrenzung, Rechtsextremismus und Rassismus aktiv einsetzen, wie der Musiker **Igor Levit**, FC Bayern-Profi **Leon Goretzka** oder Journalistin **Shary Reeves**.

Angehörige leisten Beitrag für unsere demokratische Gemeinschaft

Der Mörder von Hanau wollte die Gesellschaft spalten. Die Hinterbliebenen treten jedoch dafür ein, dass genau dies nicht geschieht.

Auch zwei Jahre nach dem Mordanschlag sitzt der Schmerz bei den Betroffenen in Hanau tief. Viele Fragen sind ungeklärt, die Angehörigen fühlen sich von Behörden und Politik allein gelassen. Den Hinterbliebenen ist wichtig, dass die Namen der Ermordeten in Erinnerung bleiben und sorgen mit dem Hashtag *#saytheirnames* dafür, dass das Andenken an ihre Angehörigen nicht in Vergessenheit gerät.

Trotz des unermesslichen Verlustes hat **Serpil Temiz Unvar** die Kraft gefunden, die antirassistische „Bildungsinitiative Ferhat Unvar“ zu gründen. Trotz Enttäuschung über Politik und Behörden resigniert sie nicht, sondern setzt sich vehement gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Der Jugend Hoffnung und Mut zu geben, ist das Ziel ihrer Initiative, die mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde.

Auch **Ajla Kurtović** zeigt Zivilcourage und engagiert sich gemeinsam mit weiteren Angehörigen für eine lückenlose Aufklärung der Tat. Sie appelliert an Politik und Gesellschaft, sich von Hass und Rassismus abzugrenzen und setzt sich für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land ein. „Mit ihrem Engagement zeigen die Hanauerinnen Serpil Temiz Unvar und Ajla Kurtović, dass viel erreicht werden kann, wenn alle ihre Stärken gemeinsam einbringen. Denn Deutschland ist vielfältig – und doch geeint in seiner Vielfalt“, sagt der Oberbürgermeister von Hanau, Claus Kaminsky: „Der Täter von Hanau hat seine rassistischen Ideen und wahnhaften Vorstellungen auch aus seinem Umfeld, dem Internet und den sozialen Medien geschöpft, unterstützt und angetrieben von gleichgesinnten Menschenfeinden. Unserer aller Aufgabe muss sein, diesem Hass und der Hetze entschieden entgegenzustehen. Serpil Temiz Unvar, Ajla

Kurtović und Seda Basay-Yildiz tun dies aus unserer Mitte heraus. Lassen wir sie dabei nicht allein!“

Hinweis für Redaktionen: Das Foto zeigt **Serpil Temiz Unvar** (links) und **Ajla Kurtović** mit den Wende-Türschildern der Initiative **„Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“**. Die beiden Frauen aus Hanau werden in der Bundesversammlung am Sonntag ihre Stimmen zur Wahl des Bundespräsidenten abgeben.

Über die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“: Im September 2018 wurden Menschen in Chemnitz aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder ihres Einsatzes für Demokratie zu Zielscheiben rechter Gewalt. In Kassel ansässige Unternehmen wollten nicht länger tatenlos zusehen. Denn unsere demokratische Gesellschaft basiert auf Werten wie Respekt, Toleranz und Dialogbereitschaft. Gemeinsam starteten sie die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. In kurzer Zeit ist die Initiative in Nordhessen auf mehr als 30 Unternehmen und Organisationen angewachsen, darunter auch wissenschaftliche und kirchliche Institutionen sowie Bundesligavereine.

Mit regionalen Projekten wie dem jährlich stattfindenden Wettbewerb „Vielfalt-Verstärker“, Podiumsdiskussionen zu Themen wie Rechtsextremismus oder Kommunalwahlen sowie überregionalen Kampagnen und Städtepartnerschaften ist die Initiative inzwischen zu einem einflussreichen Akteur im Kampf gegen Ausgrenzung, Hetze und Rechtsextremismus und für eine offene demokratische Gesellschaft geworden. Für ihr Engagement erhielt die Initiative 2020 eine Bundesförderung und wurde im Jahr 2021 von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnet.

Alle Informationen zu „Offen für Vielfalt“ finden Sie auf dem gleichnamigen Instagram-Kanal und unter www.offenfuervielfalt.de.

